

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe **November 2010**

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

UNSERE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN: BINDEGLIED ZWISCHEN PARTEI UND ZIELGRUPPEN!

In unserer letzten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN fragten wir „Quo vadis? – wohin geht die SPD?“ Die gleiche Frage geht nun an uns als Organisation dieser Partei: Wohin gehen wir, wohin lässt uns die Partei gehen, wie lauten die Ziele, die wir gemeinsam anstreben?

„Die Arbeitsgemeinschaften [...] sind Bindeglied zu den gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren, für die die Arbeitsgemeinschaften in der SPD zuständig sind. Sie bieten die Möglichkeit, die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen, [...] sie verfügen über Kompetenz und Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD genutzt werden! [...] Arbeitsgemeinschaften nehmen durch ihre Tätigkeit Einfluss auf die politische Willensbildung. [...] Aufgaben der AGS sind, die besonderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme zu erörtern, die Selbständige und Unternehmer betreffen, [...] die Vorstände der Partei in diesen Fragen zu beraten [...] und die Fortentwicklung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu begleiten.“

Was sich wie ein Wunschzettel aus unserer Feder liest, stammt in Wirklichkeit aus den Grundsätzen und Richtlinien der Partei, beschlossen im März 2010. Aber wie so oft gibt es auch hier einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis.

Seit Mai 2010 bin ich nun Vorsitzender der AGSNRW, und in dieser Zeit ist mir immer wieder aufgefallen, dass die Partei unsere Mitarbeit nicht in dem Maße nutzt, wie es möglich und wünschenswert wäre. Bei Gesetzesvorhaben werden wir – so mein Eindruck – erst während der Beratung fertiger Entwürfe eingebunden. Parteifremder Rat ist dann oft schon eingearbeitet. Die üblichen Sachverständigen werden beteiligt, und daher kann es nicht verwundern, dass dieser oft „parteilich“ Einfluss häufig nicht im Sinne der AGS ausfällt.

Jede unserer Arbeitsgemeinschaften verkörpert eine Zielgruppe unserer Partei und vereint Sachverstand im jeweiligen Bereich. Würde dieser Sachverstand verstärkt zielgerichtet eingesetzt, ist davon auszugehen, dass damit auch die Interessen der Partei-Zielgruppen berücksichtigt würden.

Um nur zwei Beispiele aus dem Arbeitsbereich der AGS zu nennen:

a) Wird zu Fragen des Einzelhandels z.B. der Einzelhandelsverband gehört, wird nicht bedacht, dass bei diesem Verband in seinen mittleren und oberen Ebenen nur noch Lobbyisten der großen Handelsketten vertreten sind. Die AGS könnte hier benennen, in welchen



Punkten die Interessen des örtlichen, eigentümergeführten Einzelhandels den Interessen der Handelsketten konträr gegenüber stehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Metro, Schwarz-Gruppe u.ä. eben nicht zu unseren Zielgruppen gehören und entsprechend auch nicht deren Interessen vertreten.

b) Wenn Kammern und Verbände sich zu Vorhaben äußern (und gehört werden!), muss man berücksichtigen, dass deren Funktionäre meist der CDU oder FDP nahe stehen. Der Einfluss dieser Parteien ist allzu häufig erkennbar. Auch wenn wir inhaltliche Positionen dieser Organisationen teilen, sehen wir als Sozialdemokraten einige Dinge differenzierter. Dabei spielt auch eine Rolle, dass viele unserer Mitglieder nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern ebenso in der Kommunalpolitik tätig sind.

Wir wollen die Rolle gerne spielen, die uns laut Satzung zugewiesen ist. Aber die Partei muss uns auch lassen! Um den besonderen Sachverstand unserer Arbeitsgemeinschaften besser in die politische Arbeit der Partei einzubringen, haben wir den Dialog mit den anderen Arbeitsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen und dem Parteivorstand der NRWSPD aufgenommen. Die zukünftige Rolle der Arbeitsgemeinschaften soll im nächsten Jahr diskutiert werden.

Die AGSNRW leistete und leistet bereits Beiträge zu wichtigen politischen Themen im Land, die für unsere Selbständigen besondere Bedeutung haben. Dazu gibt es auch in dieser Aufgabe Sachstandsberichte zu den folgenden aktuellen Themen:

- Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts, insbesondere §107 (S. 3)
- Fahrverbotsregelungen in Umweltzonen (S. 4)
- Änderung des Schulrechts: Kopfnote (S. 5)

Wir nehmen gerne Einfluss auf die politische Willensbildung, beraten auch gerne die Vorstände unserer Partei. Das ist gut für die Partei und gut für unsere Mitglieder!



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer
AGS-Landesvorsitzender NRW

INHALT

- **SEITE 1 / EDITORIAL:**
André Brümmer: „Unsere Arbeitsgemeinschaften: Bindeglied zwischen Partei und Zielgruppen!“S. 1
- **LANDESVORSTAND DER AGSNRW:**
Kurzbericht von der letzten Vorstandssitzung am 12.10.2010 in KölnS. 2
- **HANDWERK:**
Gemeindegewirtschaftsrecht: Statt „Privat vor Staat“ nun „Staat vor Privat“?S. 3
Luftreinhalteplan: 2011 – Mit Pferd und Wagen in die Umweltzone?S. 4
- **BILDUNG UND AUSBILDUNG:**
Kopfnote: Ersatz oder „ersatzlose“ Streichung?S. 5
- **AUS DEM LANDTAG:**
„Atomkraft? Nein Danke!“ – Die Landtagsreden von André Stinka und Thomas EiskirchS. 6
- **IN EIGENER SACHE**
Arbeitskreise der AGSNRW: AufrufS. 6
Download: Sonderausgabe der AGS:NACHRICHTEN zum Thema „Steuern und Finanzen“S. 6
Klausur des NRWSPD-Landesvorstands: Zur Rolle der ArbeitsgemeinschaftenS. 6
- **REDAKTIONSSCHLUSS, TERMINE, IMPRESSUM**S. 6

www.ags-in-nrw.de

AGSNRW

LANDESVORSTAND TRAF SICH IN KÖLN

Am 12.10.2010 traf sich der AGSNRW-Landesvorstand zu seiner monatlichen Sitzung in Köln.

Vor Beginn der Sitzung wurden die „Wirtschaftsjunioren NRW“ durch deren Vertreter, Herrn Severin Brinkmann vorgestellt. An einer Veranstaltung der Organisation in Köln nahm Christiane Schmitz teil und

Kontakt auf. Ein Bericht dazu wird in einer der nächsten Ausgaben der AGS:NACHRICHTEN folgen.

Ein zweiter informeller Programmpunkt war die Vorstellung des Projektes FTTH („Fiber to the Home“) durch Martin Kaczor, Ehemann unseres Vorstandsmitglieds Kerstin Kaczor. Das Projekt soll eine flächendeckende schnelle Breitbandversorgung etablieren und wird in einigen Städten des Ruhrgebiets bereits verwirklicht.

Neben Berichten aus dem AGS-Bundesvorstand, dem NRWSPD-Landesvorstand und den Arbeitskreisen wurde über den Sachstand bei den aktuellen Themen „Luftreinhalteplan“ und „Gemeindefirtschaftsrecht“ diskutiert. Entwürfe eines neuen AGS-Flyers wurden von der Projektgruppe (u.a. Angela Layendecker und Roland Przytulski) vorgestellt.

Die nächste Landesvorstandssitzung wird im Dezember in Duisburg stattfinden. <

HANDWERK

GEMEINDEWIRTSCHAFTSRECHT STATT „PRIVAT VOR STAAT“ NUN „STAAT VOR PRIVAT“?

Weiterhin im Änderungsverfahren befindet sich das Gemeindefirtschaftsgesetz, das wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden und deren Betrieben (z.B. der Stadtwerke) regelt.

Zu diesem Thema hatte sich in Ausgabe 9/2010 der neue Wirtschaftsminister Harry Voigtsberger geäußert. Zitat: *„In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, dass die Maßnahmen nicht gegen das örtliche Handwerk gerichtet sind. Kommunale Unternehmen haben in der Vergangenheit immer mit dem örtlichen Handwerk zusammen gearbeitet und werden dies auch künftig tun. Eine stärkere kommunale Ausrichtung bietet gerade auch dem örtlichen Handwerk neue Chancen.“*

Die AGSNRW hat zu diesem Thema eine **Presseerklärung** herausgegeben, die auf einem Gespräch mit dem Hauptgeschäftsführer des NWHT, Herrn Zipfel, beruht (siehe Ausgabe 10/2010: **„AGSNRW-Einsatz für das Handwerk“**).

Hier nun der derzeitige Sachstand:

Am 17.11.2010 fand eine Sitzung der Projektgruppe „Kommunalwirtschaft und Daseinsvorsorge“ der SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kom-

munalpolitik in NRW) im Düsseldorfer Landtag statt. An diesem Treffen nahm für die AGSNRW André Brümmer als Mitglied der Projektgruppe teil. Hans-Willi Körfges, stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, berichtete über das Fachgespräch zu diesem Thema vom 19.10.2010 und die Anhörung im Landtag, an der auch A. Brümmer teilgenommen hatte. Brümmer wies nochmals auf die Notwendigkeit einer Regelung hin, die die Zuständigkeit des Handwerks im Hausbereich berücksichtigt.

In der noch von CDU/FDP beschlossenen, derzeit gültigen Gesetzesänderung muss ein **dringender** öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erfordern. Dieses „dringend“ ist im bisherigen Gesetzentwurf von SPD/GRÜNE (Drucksache 15/27 Landtag NRW) gestrichen. Die Gemeinden sollen sich also wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn der öffentliche Zweck durch „Private“ **nicht besser und wirtschaftlicher** erfüllt werden kann! Bisher reichte es für „Privat vor Staat“, wenn Private den öffentlichen Zweck **ebenso gut und wirtschaftlich** erfüllen konnten wie Kommunen.

Diese Regelungen sind für Handwerk und Freiberufler nicht akzeptabel – es sei denn, es werden zumindest in der Begründung des Gesetzes erläuternde Formulierungen gefunden, die dem Handwerk und den Freiberuflern faire Wettbewerbschancen einräumen. Für „ihren“ Hausbereich muss eine möglichst klare Regelung gelten, damit aus einem un-

verantwortlichen „Privat vor Staat“ kein wirtschaftspolitisch schädliches „Staat vor Privat“ wird.

Die AGS würde eine Regelung bevorzugen, die auch von Teilen der CDU mitgetragen werden kann, damit diese im Interesse der Sache keine Total-Blockade betreiben. Das würde für Planungssicherheit über die Legislaturperiode hinaus sorgen. <

Terminplan für die Gesetzesänderung:

10.12.2010: Beratung im Landtags-Fachausschuss

15./16.12.2010: Abschlussberatung im Plenum.

LUFTREINHALTEPLAN

2011 – MIT PFERD UND WAGEN IN DIE UMWELTZONE?

„Die Innenstädte mit Umweltzonen können bisher mit dem Handwerker-Parkausweis (als Ausnahmeregelung) auch mit älteren Firmenfahrzeugen befahren werden. Diese Regelung läuft zum 31.12.10 aus, bisher ersatzlos. Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag (NWHT) und die AGSNRW fordern, die bisherige Regelung als Übergangsregelung so lange beizubehalten, bis eine neue (geplant: bundesweite) Regelung vorliegt. Es muss Planungssicherheit für das Handwerk erreicht werden.“

(aus einer Pressemitteilung auf der Basis eines Gesprächs zwischen NWHT und AGS; s. „AGSNRW-Einsatz für das Handwerk“, Ausgabe 10/2010)

Dass zum 31.12.2010 die bisherigen Ausnahme-Fahrerlaubnisse erlöschen, führt zu großer Besorgnis im Handwerk, kleinen Transportunternehmen und anderen Betroffenen, und natürlich auch bei Kollegen aus der AGSNRW. André Stinka, stellv. AGSNRW-Landesvorsitzender und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, nahm sich des Problems an, das auch Thema bei einem Treffen mit Vertretern der Handwerkskammer Münster am 28.09.10 war. Geschäftsführer Thomas Harten: *„Das Handwerk im Münsterland unterstützt umweltfreundliche Techniken und damit auch die Ziele der Luftreinhaltung. Dabei müssten die Maßnahmen zum Umweltschutz wirkungsvoll sein und zudem in einem angemessenen Verhältnis zu anderen Belangen stehen.“*

André Stinka: *„Ich werde die vorgebrachten Argumente und Fakten in die politischen Beratungen einbringen und auf eine wirtschaftsfreundliche Gestaltung hinwirken.“* Auch André Brümmer, Landesvorsitzender der AGSNRW, setzte sich im Parteivorstand der NRWSPD für eine Übergangsregelung ein.

Der **NRW-Handwerksrat** fordert in einer Resolution vom 10.11.10 die Beteiligung der Wirtschaft an NRW-weit einheitlichen, unbürokratischen Regelungen zum Befahren der Umweltzonen:

> http://www.nwht.de/stellung/res_umweltzonen.html

Das **Deutsche Handwerksblatt** weist in seiner Ausgabe vom 11.11.10 nochmals auf die Problematik hin: *„Umweltzonen werden zum „Super-Gau“ und „Umweltzonen werden verschärft“.*

Auf alle Einsprüche der Betroffenen reagierte das Umweltministerium unter Minister Rempel bisher wenig kompromissbereit. Dabei ist das Handwerk durchaus bereit, praktikable Lösungen zu unterstützen, die sowohl den Umweltschutz als auch die ökonomische Zwänge berücksichtigen. Den Firmen, die an Fahrzeugen Umrüstungen haben vornehmen lassen oder neue Fahrzeuge angeschafft haben, muss man schließlich auch gerecht werden. Eine stufenweise Pflicht zu Nachrüstung oder Ersatz wäre denkbar. Aber es muss endlich Planungssicherheit her!

Hat Herr Rempel beispielsweise bedacht, dass bei konsequentem Fahrverbot für umweltbelastende Fahrzeuge so manche freiwillige Feuerwehr mit älteren Fahrzeugen im Notfall nicht ausrücken könnte? Sollen kleinere Selbständige demnächst mit Pferd und Wagen in die Umweltzonen fahren, weil Ersatz oder Nachrüstung ihrer Fahrzeuge nicht möglich oder wirtschaftlich nicht tragbar ist? Die „Hinterlassenschaften“ der Pferde könnte man Herrn Rempel ins Ministerium schicken. Umweltfreundlich per Post. Zum Blumendüngen.

Aber wie heißt es: Die Hoffnung – auf eine vertretbare Lösung – stirbt zuletzt. Durch eine befristete Verlängerung von Ausnahmegenehmigungen wie dem Handwerker-Parkausweis würde man die nötige Zeit dazu gewinnen. <

BILDUNG / AUSBILDUNG

KOPFNOTEN

ERSATZ ODER „ERSATZLOSE“ STREICHUNG?

Aus aktuellem Anlass müssen wir das Thema „Kopfnoten“ noch einmal aufgreifen (s. Bericht in der Ausgabe 08/2010 unserer AGS:NACHRICHTEN).

Am 3.11.2010 fand im Landtag eine Anhörung zum 4. Schulverwaltungs-Änderungsgesetz statt. Ein wichtiges Thema war der Ersatz der Kopfnoten. „An die Stelle von pädagogisch unsinnigen Kopfnoten sollen aussagekräftige Rückmeldungen zum Arbeits- und Sozialverhalten treten“, so Sören Link, schulpolitischer Sprecher der NRWSPD-Landtagsfraktion. Diese Aussage stimmt sinngemäß überein mit dem rot/grünen Koalitionsvertrag: „Wir werden die Kopfnoten abschaffen. [...] Wir brauchen statt dessen eine andere Form, um das Arbeits- und Sozialverhalten rückzumelden.“

Diese Ziele finden unsere Zustimmung. Auf einer NRWSPD-Vorstandssitzung betonte der AGSNRW-Landesvorsitzende André Brümmer die Bedeutung von Aussagen über die Sozialkompetenz für Ausbildungs-Betriebe und gerade für leistungsschwache Schüler/Innen: „Bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz ist eine gute Sozial-Bewertung die einzige Chance, gravierende Bewerbungsnachteile bei schlechten Fachnoten auszugleichen. Der Erwerb von fehlendem Fachwissen kann im Betrieb und in der Berufsschule nachgeholt werden.“

Aktuelle Pressemeldungen berichten aber von einer Kurswende der Koalition. Demnach soll es jetzt den Schul-Konferenzen überlassen bleiben, ob und wie eine Beurteilung sozialer Kompetenz erfolgt. Die Besorgnis der AGS über einen möglichen Kurswechsel bei diesem Thema brachte André Brümmer in einem Brief vom 11.11.10 an Sören Link zum Ausdruck. Hier ein Auszug: „Deine Stellungnahme vom 3.11.10, die Kopfnoten durch aussagekräftige Rückmeldungen zum Arbeits- und Sozialverhalten ersetzen zu wollen, findet unsere Zustimmung. Beunruhigend

sind Pressemeldungen, die besagen, dass die Entscheidung über die Anwendung dieser Regelung den (Schul-)Konferenzen überlassen werden soll. Ist das richtig? Das wäre eine Politik der Beliebigkeit, die sich vor klaren Vorgaben drückt. Bitte informiere uns über den aktuellen Sachstand, damit wir unsere Mitglieder über dieses für uns wichtige Thema weiter informieren können.“



Die Landesregierung will die Eigenverantwortung der Schulen stärken. Richtig! Aber das darf nicht zu Lasten von schwächeren SchülerInnen geschehen! Es entspricht nicht mehr der Aussage im Koalitionsvertrag, wenn Kopfnoten nur noch durch die „Möglichkeit“ einer Bewertung durch Schulen ersetzt werden. Man geht offenbar davon aus, dass die Übertragung von Verantwortung an die Schulen von denen verantwortungsbewusst gehandhabt wird und ein Prozess eingeleitet wird, der zu vernünftigen Sozial-Bewertungen führt.

Aber das wird sicher nicht für alle Schulen gelten. Und: Wie lange soll ein solcher Prozess dauern? Wie lange will man zuschauen, wie Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz leichtfertig vertan werden? Unserem Grundsatz: „Gleiche Chancen für Alle!“ wird dieser Politikwechsel nicht gerecht. Neben der Herkunft bestimmt dann auch die Wahl der Schule, ob ein junger Mensch einen Ausbildungsplatz erhält oder nicht!

Die AGSNRW fordert daher:

Keine Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen zu Lasten der SchülerInnen! Ersatz von Kopfnoten durch Beurteilungen nach einem landesweit vergleichbaren, verbindlichen Kriterienkatalog! <

AUS DEM LANDTAG

ATOMKRAFT? NEIN DANKE!

Der massive Protest gegen den Castor-Transport hat noch einmal deutlich gemacht, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung ohne Not einen gesellschaftlichen Großkonflikt um die Nutzung der Kernenergie angefacht hat, der mit dem Atomkonsens weitgehend beigelegt war.

SPD-Energieexperte André Stinka begrüßte in einer Aktuellen Stunde die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, sich an einer Normenkontrollklage gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke zu beteiligen. NRW wird gemeinsam mit anderen SPD-geführten Landesregierungen gegen die Umgehung des Bundesrates beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage einreichen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Eiskirch, betonte, dass die Verlierer der Atompolitik der Bundesregierung vor allem mittelständische Unternehmen sind, die mit Erneuerbaren Energien mehr als 300.000 Jobs geschaffen haben.

Weitere Informationen:

- > [Rede von André Stinka](#) (PDF)
- > [Rede von Thomas Eiskirch](#) (PDF)
- > [Antrag der Aktuellen Stunde](#) (Drucksache 15/519, PDF)

TERMINE

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise finden sich auf unserer Webseite:

- > www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Redaktionsschluss für die Dezemberausgabe der AGS:NACHRICHTEN ist der 12.12.2010.

IN EIGENER SACHE

ARBEITSKREISE DER AGSNRW

AUFRUF AN ALLE AGS-KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IN DEN UNTERBEZIRKEN

Der AGSNRW-Landesvorstand würde es sehr begrüßen, wenn sich unsere Mitglieder in den neu eingerichteten Arbeitskreisen engagieren würden (siehe <http://www.ags-in-nrw.de/arbeitskreise.htm>).

Dort und durch den Bezug der AGS:NACHRICHTEN könnt Ihr Euch fortlaufend über die aktuelle Arbeit der AGSNRW informieren. Bei der Erstellung von Artikeln seid auch Ihr gefordert! Es gibt bestimmt Berichtenswertes aus euren Unterbezirken. <

SONDERAUSGABE DER AGS:NACHRICHTEN

„STEUERN UND FINANZEN“

Die Sonderausgabe zum Thema „Steuern und Finanzen“ steht jetzt zum Download bereit:

http://www.ags-in-nrw.de/downloads/newsletter/AGSNRW_NL_1011_Finanz.pdf oder über die Seite des **AK Finanzen** (PDF, 12 Seiten, 335 kB). Darin u.a.:

- Christiane Schmitz (AK Finanzen): „**Investitionen statt Spekulationen – Eine neue Ordnung für die Finanzmärkte**“
- Dr. Dieter Schmid, Peter Hilliger (AGS Bayern): „**Die Bewältigung der Finanzkrise – Chancen für eine Neuorientierung**“

KLAUSUR DES NRWSPD-LANDESVORSTANDS

ZUR ROLLE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Auf der Klausur des NRWSPD-Landesvorstandes in Mettmann am 26./27.11.2010 vereinbarten Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der NRWSPD im Januar 2011 ein Gespräch über die Rolle der AGs. Die während der Klausur beratenen Arbeitspapiere der NRWSPD weisen auf die Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaften hin. Die AGS wird sich an der Arbeitsgruppe „Zukunftsthema: Wirtschaft in NRW“ beteiligen. <

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

AGS-Landesvorsitzender NRW